

Angefangen hatte alles mit einem Presseartikel in der Wümme-Zeitung im September 2018: Henning Kruse, der Geschäftsführer der damaligen Betreibergesellschaft des Schießstandes Waakhausen veröffentlichte seine Absicht zum Bau eines riesigen Walls – mitten in der moorigen Hamme-Niederung, nur einen Steinwurf vom EU-Vogelschutzgebiet entfernt! Die Maße waren beeindruckend: 350 m lang, 130 m breit und 22 m hoch, plus 2 m Schrotfangzaun.

Nachdem einige Waakhauser Bürger zu diesem Thema recherchierten, dämmerte es ihnen, was in der Hamme-Niederung entstehen sollte: ein riesiges Schießsportzentrum. Aber warum sollte unbedingt dieser gigantische Wall gebaut werden? Der bestehende Schießstand war doch mehr als vier Jahrzehnte ohne einen solchen ausgekommen.

Es wurde schnell klar, dass es – wie so oft – um wirtschaftliche Gewinne ging. Ein Schießstand wirft nur dann Geld ab, wenn dieser von vielen Schützen genutzt wird. Und dieses Ziel hatte Henning Kruse. Er wollte den alten Schießstand, an dem noch der Hauch von Roselius hing, wieder zu neuem Leben erwecken. Um das aber zu erreichen, musste er gesetzliche Vorgaben erfüllen, in diesem Fall die des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG). Und dabei sollte der Wall helfen.

Die sich inzwischen gegründete Bürgerinitiative Naturschutz Worpsswede äußerte ihre Bedenken eindringlich gegenüber dem Landkreis und dem Worpssweder Bürgermeister. Die geplante Maßnahme sei ein massiver Eingriff in die Natur. Die Verwendung von Material der LAGA-RL Z2 – denn daraus sollte der Wall aufgeschüttet werden - stelle eine Belastung der Umwelt dar, deren Folgen für Boden, Wasser und Luft - letztendlich damit auch für den Menschen - kaum absehbar seien. Deswegen sei eine Verbauung dieses Materials auch nur unter strengsten Auflagen erlaubt. Ob diese strengen Auflagen in dieser Fläche tatsächlich erfüllt werden können, stellten sie in Frage, da es sich um ein sehr mooriges eingedeichtes Gebiet handelt, in welchem der Grundwasserstand jahreszeitenabhängig stark differiert. Der Sommer 2018 hatte ja eindrucksvoll gezeigt, wie die Trockenheit den Untergrund in unserer Region beeinflusst. Das Gleiche gilt natürlich im Umkehrschluss für regenreiche Zeiten. Weiterhin stellten sie die Frage, wie sowohl während der Bauphase als auch nach Fertigstellung 100 Prozent sichergestellt würde, dass es zu keiner Zeit zu einer Kontaminierung des Erdreichs kommt. Und wenn doch, wer die Kosten für einen evtl. Rückbau dieses Mammut-Bauwerks trage.

Bei dem in Rede stehenden Z2-Material handelt es sich um mineralische Abfälle, die über erhebliche Schadstoffgehalte verfügen. Also nicht etwa um gewöhnlichen Schutt aus Ziegeln oder ähnlichem Baumaterial, wie man es für eine solche Wallanlage erst vermuten mag, sondern um Abfälle, die über eine nicht unerhebliche Belastung an Schadstoffen verfügen: z.B. Arsen, Blei, Cadmium, Chrom, Quecksilber, Cyanide, PCB, PAK usw. Also alles hochgiftige Stoffe, die deshalb auch hohe technische Sicherungsmaßnahmen zur Verarbeitung bedingen.

Ende November besichtigten dann auf Einladung von Henning Kruse verschiedene Umweltverbände das Areal, um sich ein Bild von dem künftigen Wall-Standort zu machen. Die Vertreter dieser Verbände stellten dabei aber nicht nur fest, dass das moorige Gelände für ein solch schweres Bauwerk nicht tragfähig sei, sondern wurden auch darauf aufmerksam, dass die gesamte Schießfläche jahrelang nicht ordnungsgemäß gereinigt wurde: jede Menge Bleischrot mit Pflanzen verwachsen lag auf dem Schießareal und die Auswaschungen des Bleischrots sickerten offensichtlich in den Boden und damit auch in die Gräben.

Die Schießstand Waakhausen gGmbH, mit ihrem Geschäftsführer Henning Kruse hatte aber erst 2018 die Geschäftsführung übernommen. Sie war also für die verunreinigte Fläche nicht verantwortlich zu machen. Da diese aber nun weder per Hand noch mit Maschinen zu

reinigen war, hatte Kruse die Idee, dieses kontaminierte Erdreich in den von ihm geplanten Wall mit einzubauen. Somit hätte er zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen:

Er hätte für das zu entsorgende kontaminierte Erdreich durch den Einbau in den geplanten Wall die Deponiekosten gespart und gleichzeitig die gesetzlichen Vorgaben für den Lärmschutz des geplanten Schießzentrums erfüllt. Überdies – und das war der Clou – hätte er für die Abnahme des Z2-Materials auch noch eine hohe Vergütung erhalten, der Wall würde unterm Strich also auch noch Geld in die Betreiberkasse spülen.

Auch wenn die gGmbH erst in 2018 ihre Tätigkeit aufgenommen hat, muss darauf hingewiesen werden, dass Henning Kruse die ganze Misere der jahrelangen Misswirtschaft durchaus bekannt war, schließlich ist er so eine Art „Urgestein“ auf dem Schießstand, er kennt diesen – nach eigenen Angaben – schon von Kindesbeinen an, war doch sein Vater dort schon in den Jahren der Entstehung aktiver Schütze. Zudem ist er Vorsitzender des Jagd- und Wurftaubenclub Osterholz e.V. 1963, der Club ist neben der Jägerschaft Osterholz und der Landesjägerschaft Bremen Mitglied im Betreiberverein (Verein zur Förderung des sportlichen Schießwesens Waakhausen e.V.), der im Jahr 2004 die Rechtsnachfolge einer Stiftung angetreten hat und Eigentümer der gesamten Schießsportanlage ist.

Deshalb stellt sich zu Recht die Frage, warum die 3 Mitglieder des Betreibervereins, seit der letzten Sanierung 2006 bis zum Jahr 2018 die Augen vor der schleichenden Umweltverschmutzung verschlossen haben. Schließlich haben sie bis dahin aus ihren Reihen den jeweiligen Betreiber-Vorstand gewählt.

Nachdem die Umweltverbände die Bürgerinitiative über das Ergebnis ihres Schießstand-Besuchs informiert hatten, initiierte diese eine Info-Aktion der Worpsweder Bürger mit dem Ergebnis, dass schon nach wenigen Wochen annähernd 1.300 Bürger per Postkarte und Unterschriftenlisten sich gegen den Bau eines Walls aussprachen. Diese Karten und Listen wurden dann auch Anfang 2019 dem Landrat und dem zuständigen Dezernenten übergeben. Diese Aktion brachte zum Ausdruck, dass die Bürger keine Veränderung der malerischen Hamme-Niederung und der unberührten Landschaft - das größte touristische Kapital der Gemeinde Worpswede – wollten. Ganz zu schweigen von einer möglichen Beeinträchtigung von Flora und Fauna, insbesondere des Vogelschutzgebietes.

Zwischenzeitlich hatte Prof. Dr. Dieter Viefhues, der im November 2018 als Vertreter des BUND mit den Umweltverbänden den Schießstand besichtigt hatte, durch weitere Recherchen festgestellt, dass der 2006 aus dem damaligen Sanierungsgut gebaute Wall offensichtlich undicht ist. Durch seine intensiven Aktivitäten, unterstützt durch die GRÜNEN, wurde auch das Niedersächsische Umweltministerium auf die unhaltbaren Zustände auf dem Schießstand aufmerksam und besichtigte im Juni 2019 das Areal. In der Wümme-Zeitung vom 20.06.2019 berichtete Lars Fischer:

*„Eine große Lösung, wie sie der bisherige Betreiberverein mit Geschäftsführer Henning Kruse angestrebt hatte, ist mit der Position des Kreises nicht vereinbar. Vinbruck machte deutlich, dass ein Wall mit 22 Meter Höhe auf dem moorigen Untergrund in Waakhausen nicht zu realisieren sei. Es sei schlichtweg nicht abzuschätzen, wie sich ein Bauwerk mit diesem Gewicht auf dem labilen Untergrund auswirke, es gebe keine Erfahrungswerte mit Bauten unter solchen Bedingungen. Wie schwierig aber Moorflächen baustatisch einzuschätzen seien, sehe man unter anderem beim Straßenbau, verdeutlichte der Dezernent. Auch habe es vonseiten des niedersächsischen Umweltministeriums, das die Anlage in Augenschein nahm, erhebliche Bedenken gegen die Wallpläne gegeben. Insbesondere das geplante Vorgehen, dort belastetes Z2-Material einzubauen, stieß in Hannover auf Ablehnung.“*

Ende Mai 2019 veröffentlichte Kruse dann, dass die Betreibergesellschaft ihre Arbeit zum 30.06.2019 einstelle. Als Begründung nannte er zum einen die fehlende Unterstützung der Verwaltung und zum anderen die negative wirtschaftliche Perspektive.

Nach einer vierwöchigen Pause wurde dann aber am 01. August 2018 der Schießstand wieder geöffnet. Die zwölf 100-m-Bahnen, der laufende Keiler und die fünf Kurzwaffenstände sind wieder alle nutzbar. Lediglich die Wurfscheiben-Stände, auf denen mit Schrot geschossen wird, sind – auf Anordnung der Kreisverwaltung Osterholz – geschlossen. Als Alternative ist der Kipphasen-Stand im Gespräch. Somit ist also auch die Jungjäger-Ausbildung gesichert und auch die Möglichkeit zum Training bzw. Überprüfen und Einschießen der Waffen wieder gegeben.

Die Kreispolitiker hatten zwischenzeitlich ein unabhängiges Gutachten durchgesetzt – gegen die ursprüngliche Ansicht der Verwaltung, die dies nicht für notwendig hielt. Da entsprechende Gutachter – lt. Landrat Lütjen – rar seien, gebe es aber keinen konkreten Termin, wann eine Expertise vorliegen könne. Erst dann wäre der Sanierungsbedarf seriös zu beziffern. Wer die Kosten der Sanierung letztendlich zahlen muss, ist ebenfalls noch offen. Ob diese vom Steuerzahler zu tragen sind, oder von den Betreibern bzw. Grundstückseigentümern, werden Juristen klären müssen.

Erstaunlich ist, dass mittlerweile die Ansicht in Teilen der Bevölkerung – vor allem bei den Jägern – vorherrscht, die Bürgerinitiative hätte von Anfang an das Ziel gehabt, den Schießstand zu „vernichten“. Vergessen haben diese Bürger, dass sich die Bürgerinitiative lediglich gegen den Bau eines Walls in der Hamme-Niederung gewehrt hat, nicht wissend, was die Umweltverbände dann noch „nebenbei“ entdeckten: nämlich eine Umweltverschmutzung großen Ausmaßes, verursacht durch das Missmanagement der Betreiber. Davon will man aber in diesen Kreisen nichts hören, weil man ja mit Falschinformationen vom eigenen Fehlverhalten ablenken kann.

Die meisten Schützen waren mit Sicherheit ahnungslos, dass der Schießstand jahrelang nicht gesetzeskonform geführt wurde und sie mit jedem Schuss die Umwelt belastet haben. Aber die Verantwortlichen, nämlich die Betreiber-Vorstände, zu denen auch die Jäger aus Bremen und Osterholz gehören und die qua Satzung zum Naturschutz verpflichtet sind, müssen sich den Vorwurf machen lassen, dass sie kläglich versagt haben. Die Bürgerinitiative kann man für die Schließung der Schrotstände wahrlich nicht verantwortlich machen!

Genauso wenig, wie für den angeblichen Verlust von Arbeitsplätzen. Lt. Aussage des Waakhauser Ortsvorstehers in der Ratssitzung am 25.06.2019 in Worpsswede seien 10 Arbeitsplätze durch die Schließung der Schrotstände verloren gegangen, das seien - nach seiner Aussage - 10 % der Waakhauser Einwohner. Dieser Vorwurf ist natürlich Unsinn, dennoch hat die Bürgerinitiative den Ortsvorsteher darum gebeten, ihr mitzuteilen, um welche Arbeitsplätze es sich genau handelt. Leider hat er auf ihre Frage nicht geantwortet.

Und somit bringt seine schwerwiegende Behauptung die Bürgerinitiative weiterhin in Misskredit, denn sowohl in Presseartikeln, als auch im Internet wird sie für den Arbeitsplatzverlust verantwortlich gemacht. Ob sich der Ortsvorsteher über die Wirkung seiner Aussage bewusst ist?

Im Übrigen haben Landrat Lütjen und Dezernent Vinbruck geäußert, dass ein Schießstand nach heutigen Erkenntnissen und Umweltstandards am jetzigen Standort nicht mehr genehmigt würde.